

Regierungspläne zum Ärztegesetz

## **SPD und Krankenkassen sehen Versicherte als Verlierer**

Jochen Wiemken – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de) - 8. Juni 2011

**Neben den Zusatzbeiträgen will die Bundesregierung den Versicherten weitere Milliardenkosten aufbürden. Krankenkassen und Opposition kritisieren, Schwarz-Gelb setze mit dem geplanten Versorgungsgesetz ihre Klientel-Politik fort: „Ärzte bekommen noch mehr Honorar und Versicherte müssen zahlen“, so SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles.**

Opposition und Krankenkassen befürchten, dass auf die Beitragszahler durch das geplante Versorgungsgesetz von Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) eine Kostenlawine zukommen wird. Durch das Gesetz will die Bundesregierung eine bessere medizinische Betreuung in unterversorgten Gebieten ermöglichen.

### **Keine bessere Versorgung auf dem Land**

Genau dieses Ziel wird jedoch verfehlt, da gleichzeitig die ärztliche Überversorgung in Ballungsgebieten nicht abgebaut wird. „Vor diesem Hintergrund ist ein Kostenschub unausweichlich“, warnt die Chefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen, Doris Pfeiffer, in der Saarbrücker Zeitung (Mittwoch).

### **Milliardenkosten trotz üppiger Reserve**

Ziel des Versorgungsgesetzes ist es, Ärzten, die sich in unterversorgten Regionen niederlassen, eine bessere Vergütung zu gewährleisten. Allerdings sieht das Versorgungsgesetz ab 2013 auch für die anderen Mediziner eine deutliche Erhöhung der Vergütung vor. All das führt zu Mehrbelastungen von anfänglich etwa 2,7 Milliarden Euro. Das entspricht rein rechnerisch fast 0,3 Beitragssatzpunkten, wie Pfeiffer vorrechnet. Die Krankenkassen fordern den Gesundheitsminister daher auf, den Entwurf für das Versorgungsgesetz zu korrigieren.

### **SPD will mit Bürgerversicherung Fehlanreize beheben**

Auch die SPD kritisiert, dass das Versorgungsgesetz der schwarz-gelben Koalition sein Ziel verfehlt. Schon heute sei klar: Wenn die Fehlanreize, die die Private Krankenversicherung (PKV) mit überhöhten Honoraren in den Ballungsräumen verursacht, nicht beseitigt werden, wird die Unterversorgung auf dem Land nicht verbessert, so SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. „Ärzte werden weiter dort Praxen eröffnen, wo es lukrative Privathonorare gibt. Ein Versorgungsgesetz, das diesen Missstand nicht behebt, ist seinen Namen nicht wert.“

Die SPD wirbt deshalb erneut für ihr Modell der Bürgerversicherung. Nahles: „Eine bessere Verteilung der Ärzte kann nur mit einer Bürgerversicherung erreicht werden, die für eine gleichmäßige und bedarfsgerechte Verteilung der Honorare zwischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen sorgt.“

### **Entlastung der Beitragszahler gefordert**

Experten schätzen, dass der Gesundheitsfonds durch die gute Konjunkturlage am Jahresende einen Überschuss von zwei Milliarden Euro aufweisen wird. In den Gesundheitsfonds fließen Beitragseinnahmen und Steuermittel.

Die Krankenkassen plädieren dafür, diese nicht benötigten Milliarden-Überschüsse aus dem Gesundheitsfonds für Beitragssenkungen zu verwenden. „Der Gesundheitsfonds ist keine Sparkasse. Schließlich handelt es sich um Beiträge der Versicherten“, stellt Pfeiffer fest.

Die Politik müsse entscheiden, wie mit möglichen Überschüssen verfahren werden soll. „Denkbar wäre, die Mittel für eine Senkung des allgemeinen Beitragssatzes zu nutzen oder das Geld direkt den Kassen zu geben, um weitere Zusatzbeiträge zu verhindern.“